

# Gute Argumente für große Reform

Nicht nur bei den Steuern ist der Handlungsbedarf enorm

KSTA-POLITIK@DUMONT.DE

**K**urz vor Ablauf seiner Amtszeit entwickelt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) steuerpolitischen Ehrgeiz. Über weite Strecken dieser Legislaturperiode ließ er diesen Reformeifer vermissen. Selbst in diesen Tagen ist die Koalition dabei, die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Reform der Erbschaftsteuer zu vermässeln. Wenn kein Wunder passiert, wird sie unentgeltlich bleiben, weil die Parteien sich im Dauerstreit verheddert haben. Dann muss die Justiz – das Bundesverfassungsgericht – diese politische Aufgabe übernehmen.

Im Kontrast zu diesem blamablen Stillstand steht die Aufgeregtheit, mit der ein Jahr vor der Bundestagswahl Steuerkonzepte präsentiert und debattiert werden. Die von Schäuble versprochene Entlastung im nächsten Jahr ist aller-



VON MARKUS SIEVERS

und Grüne warben sogar mit dem Versprechen auf Steuererhöhungen bei den Bürgern um Stimmen. CDU und CSU begnügten sich damit, Mehrbelastungen auszuschießen.

Jetzt zeichnet sich ein Richtungswechsel in der wirtschaftspolitischen Debatte ab. Der kommt nicht einfach so, sondern folgt veränderten Realitäten. Die Defizite sind in einem Tempo verschwunden, das niemand für möglich gehalten hätte. Die Last für künftige Generation durch alte Kredite schrumpft Jahr für Jahr, auch weil die deutsche Wirtschaft wächst und damit die Leistungsfähigkeit des Landes zunimmt. Für eine grundlegende Steuerreform spricht zudem, dass die letzte große Änderung der Einkommensteuer über ein Jahrzehnt zurück liegt. Seitdem hat sich eine Unwucht im System aufgebaut. Inzwischen verlangt der Fiskus schon von Arbeitnehmern mit leicht überdurchschnittlichen Gehältern Spitzentaxen. Weil diese Angestellten aus der Mittelschicht zudem stark mit Sozialabgaben belastet werden, bleibt ihnen von Lohnerhöhungen vielfach nicht einmal die Hälfte.

Dies war politisch nie gewollt, sondern hat sich durch die lange Reformpause ergeben. Daher sind die Argumente für eine große Steuerreform besser geworden. Allerdings ist der Handlungsbedarf auch an anderen Stellen groß und in vielen Fällen noch dringlicher. Deutschland muss die Integration der Flüchtlinge so schnell wie möglich bewältigen. Der entschlossene Einsatz dafür jetzt zahlt sich langfristig doppelt und dreifach aus. Deutschland muss sich besser heute als morgen modernisieren. Die Schulen und Universitäten sind lange nicht leistungsfähig genug, um die wirtschaftliche Stärke auf Dauer zu sichern. Nur mit kräftigen Investitionen in Straßen, in die Schiene, in die Energienetze und die digitale Infrastruktur kann das Land seine Wettbewerbsfähigkeit sichern. Es ist nachvollziehbar, dass die Menschen sich nach langer Zeit wieder Steuersenkungen wünschen und die Politik dies aufgreift. Es kommt aber gerade jetzt darauf an, die Prioritäten richtig zu setzen, um die Zukunftsfähigkeit nicht zu gefährden.

Es kommt gerade jetzt darauf an, die Prioritäten richtig zu setzen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht zu gefährden

dings gesetzlich geboten und liegt kaum über der Wahrnehmungsschwelle. Der Bundestag muss 2017 die Freibeträge für Erwachsene und Kinder anheben, weil der Staat den Bürgern zumindest das Lebensnotwendige belassen muss. Trotz der extrem niedrigen Teuerung steigt die Höhe des Existenzminimums Jahr für Jahr, so dass die Koalition zum Handeln verpflichtet ist. Freiwillig, aber aus Gerechtigkeitsgründen politisch unverzichtbar, ist allein die gleichzeitige Anhebung des Kindergeldes, wobei der angepeilte Aufschlag von zwei Euro niemanden begeistern kann.

Schäuble stellt aber nach Jahren des Nichtstuns weitere Entlastungen für 2018 und vor allem die Zeit danach in Aussicht. Nach längerer Pause kündigt sich wieder ein Richtungskampf rund um Steuersenkungen ab. Vor der Bundestagswahl 2013 prägten die gewaltigen Defizite das Bewusstsein. Entsprechend stand die Haushaltskonsolidierung im Mittelpunkt. SPD

## Horst Seehofer und der CDU-Bundesparteitag

### Spektakel ist sein Spezialfach

VON DANIELA VATES

**D**a werden sie sich jetzt kräftig in der CDU. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hat kundgetan, er werde die CDU möglicherweise nicht beharren zu ihrem nächsten Bundesparteitag. Es wird der Konvent sein, auf dem Angela Merkel aller Voraussicht nach erneut zur CDU-Chefin und damit zur Kanzlerkandidatin gewählt werden wird. Seehofer sagt nun, er werde nur anreisen, wenn CDU und CSU sich bis dahin in der Flüchtlingspolitik geeinigt hätten. „Ohne einen Konsens wäre mein Auftritt nur ein Medienspektakel.“

Formal wäre sein Fernbleiben aus politischen Gründen natürlich ein Affront. Die Auftritte des je-

weiligen CSU-Chefs sind fester Bestandteil von CDU-Parteitagen – und umgekehrt. Sie verlaufen nicht immer freundlich. Der Tiefpunkt war 2015 erreicht, als Seehofer Merkel vor versammelter CSU-Mannschaft abkanzelte.

Schon jetzt aber deutet vieles darauf hin, dass sich CDU und CSU in der Flüchtlingspolitik sehr wohl einigen werden. Alles andere würde beiden massiv schaden. Die wenigen Dissenspunkte wird man als Unterscheidungsmerkmale der Schwesterparteien ausgeben. Seehofer kaschiert die Annäherung nun einfach mit größtmöglichem Getöse, um nicht als Spargeltarzan dazustehen. Das Spektakel ist eben doch sein Spezialfach.



Einsam, still und leise...

Hanel

GASTBEITRAG

## Die Macht des Abwesenden

Der Terror vom 11. September 2001 hat Wunden gerissen und Leerstellen hinterlassen, die eine Gesellschaft wahrnehmen und reflektieren muss

**W**as abwesend ist, kann von bedrückender Präsenz sein. Das zeigt sich drastisch an Orten von Terroranschlägen. Die Wunde im Leben derer, die einen geliebten Menschen verloren haben, ist besonders tief und schmerzhaft, weil sie von anderen Menschen geschlagen wurde. „Das Schlimmste an diesen Leiden ist nicht der ertragene Schmerz, sondern der von anderen in ihrer Raserei gewollte Schmerz“, sagt der französische Philosoph Georges Bataille.



Hildegund Keul, geboren 1961, ist Professorin für Religionswissenschaft und Fundamentaltheologie an der Universität Würzburg.

Der Terror zielt nicht nur auf Einzelne, sondern er verwundet zugleich eine Gesellschaft, einen Staat oder eine Religion. Der Anschlag auf das World Trade Center in New York vor 15 Jahren hat der Welt vor Augen geführt, dass selbst die mächtigen USA nicht unverwundbar sind. Auch Paris ist seit den Angriffen auf die Redakti-

An der Utopie der Unverwundbarkeit sind nicht nur Achilles und Siegfried in der Mythologie, sondern auch viele reale Diktatoren gescheitert

on der Zeitschrift Charlie Hebdo und das Musiktheater Bataclan eine verwundete Stadt.

Wunden aber, die einem Staatskörper geschlagen werden, sind äußerst gefährlich. Sie sind mit Scham verbunden, die Wut freisetzt; mit Ohnmacht, die nach Rache ruft; mit Schmerz, der nach Unverwundbarkeit verlangt. Selbst wenn die Wunden heilen, erinnern die Narben daran, dass sich die Verletzung jederzeit wiederholen kann. Um das zu verhindern, verstärken Staaten ihre Abwehr. Andere sollen die gleiche Verwundung gewärtigen müssen, die eine Gesellschaft zuvor selbst erlitten hat. Dieser Umgang mit eigener Verwundbarkeit birgt politische Sprengkraft. Er schwächt nicht nur das gegenwärtige Leben, sondern schreibt sich in die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft ein.

Umso wichtiger ist es, Abwesenheit und Präsenz zu reflektieren. In New York hat der Architekt Michael Arad seinem Beitrag zum „9/11 Memorial“ den Titel „Reflecting Absence“ gegeben. An

den Stellen der zerstörten Zwillingstürme markieren zwei Wasserbecken, Fußabdrücken gleich, das Fehlende. Das Abwesende ist nicht sichtbar – es hinterlässt Leere; es ist nicht hörbar – das ermordete Leben schweigt. Doch je verschwiegener das Fehlende ist, desto mehr wächst seine unerhörte Macht. An dieser Leerstelle des Vermissten kommt die Kunst ins

besondere das Christentum und den Islam, die in der globalen Gewaltproblematik ein entscheidender Faktor sind. Was tragen sie dazu bei, dass die Gesellschaft Alternativen findet zu Abschottung, Militarisierung und Krieg?

Im Christentum gehört die Verwundbarkeit zur Gründungsgeschichte. Die bleibende Präsenz Jesu, der am Kreuz gestorben war, bildet den Kern des Glaubens an die Auferstehung. Nach seinem Tod bestand die Gemeinschaft Jesu aus Verwunde-

ten, die in ihrer Trauer darum ringen mussten, ob aus diesem Tod

anderes entstehen könne als ohnmächtiges Verstummen oder der lautstarke Ruf nach Krieg. Welche Antworten hat sie gefunden, die in der heutigen Herausforderung Perspektiven zu öffnen vermag?

Eine Antwort gab ein Ritual, das der jungen Kirche auf ihren brüchigen Pfaden Orientierung und Mut verlieh. Um das Abwesende zu reflektieren, erinnerte sie sich an das letzte Mahl Jesu. Damals saß der Tod mit am Tisch. Der Leidensweg war bereits absehbar. Aber Jesus rief nicht auf, zu den Waffen zu greifen und seinen bevorstehenden Tod zu rächen. Vielmehr lud er in einer von Gewalt bedrohten Situation dazu ein, Brot zu teilen, miteinander Wein zu trinken und auf das Leben zu setzen. Haben Münchner Bürgerinnen und Bürger nach dem Amoklauf am 22. Juli nicht Ähnliches getan, als sie umherirrende Menschen spontan aufnahmen? Sie wussten nicht, wer da vor ihrer Tür steht, und öffneten sie dennoch, boten Essen und Obdach an, Gastfreundschaft und die Präsenz des Lebens.

Das Kunstwerk „Reflecting Absence“ am Ground Zero



Das Kunstwerk „Reflecting Absence“ am Ground Zero

Foto: dpa

Erneut Atomtest Nordkoreas

## Gespräche sind die einzige Chance

VON FINN MAYER-KUCKUK

**I**n den Hauptstädten Ostasiens ist nach dem neuen Atomtest Nordkoreas die Forderung zu hören, Machthaber Kim Jong Un durch komplette wirtschaftliche Isolation gefügig zu machen. Das mag erst einmal aussichtsreich klingen. Doch tatsächlich verbieten sich noch härtere Sanktionen sowohl ethisch als auch praktisch. Sie könnten sogar katastrophale Folgen haben.

Von gewöhnlichen Handelsbeschränkungen lässt sich Kim Jong Un nicht beeindruckt. Es ist ihm sogar gleichgültig, dass die Kinder in seinem Land unterernährt sind. Die Möglichkeit für Sanktionen durch westliche Länder und Japan sind damit ausgereizt. Es bliebe nur die nächste Stufe von Strafmaßnahmen: ein völliger Stopp jedweder Form des Handels. Derzeit schickt China auf dem Landweg weiter Maschinen, Rohstoffe und Lebensmittel nach Nordkorea. Ohne diese Lieferungen würde die nordkoreanische Wirtschaft zusammenbrechen.

Die Folge wäre jedoch sehr wahrscheinlich auch eine Hungersnot. Ethisch gesehen verbietet sich daher ein solches Vorgehen. Auch Nordkoreaner sind Menschen. Und politisch gesehen, hat es keinen Sinn, das Regime im Schnellverfahren zu ruinieren: Mit einem Zusammenbruch Nordkoreas ist niemandem gedient. Auf Südkorea käme die Integration eines gehirngewaschenen, längst völlig entfremdeten Volkes zu, das kaum Qualifikationen für die moderne Wirtschaftswelt mitbringt. China hätte mutmaßlich eine Flüchtlingskrise zu gewärtigen und müsste den Verlust eines Bollwerks gegen den US-Einfluss in Nordostasien ausgleichen. Und schließlich könnte gerade die Verzweiflung Machthaber Kim dazu treiben, die Bombe tatsächlich einzusetzen.

Es bleibt nur eine Lösung: direkte Gespräche Washingtons mit Pjöngjang. Statt einer Niederlage, wie sie die USA befürchten, bestünde die Chance, so wieder einen Fuß in die Tür zubekommen – und Kim Zugeständnisse abzurufen.

## Köln

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neuen DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neuen DuMont.

Chefredakteur: Peter Pauls. Stellvertreter: Lutz Feierabend, Rudolf Kreitz (Bezirke).

Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner, Ismene Poulakos (Online).

Chefkorrespondent: Joachim Frank. Köln: Christian Hümmer (Leitender Redakteur); NRW: Detlef Schmalenberg; Nachrichten: Hans-Jürgen Deglow (Politik, Wirtschaft); Sport: Karlheinz Wagner; Kultur: Martin Oehlen; Magazin, Panorama: Claudia Lehnen; Chefreporter: Peter Berger, Petra Pluwatsch; Produktion: Klaus Schröder. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Düsseldorf: Fabian Klask. DuMont Hauptstadtdredaktion: Jochen Arntz (Chefredakteur), Steven Geyer, Berlin.

Auslandsvertretungen: Paris: Axel Viehl, London: Sebastian Berger, Brüssel: Peter Riesbeck, Washington: Dami Fray, Moskau: Stefan Scholl, Jerusalem: Inge Günther, Rom: Regina Kermer, Madrid: Martin Dahms, Athen: Cerd Höhler, Istanbul: Frank Nordhausen, Wien: Norbert Mappes-Niedieck, Mexico City: Dr. Klaus Ehringfeld, Bangkok: Willi Germund; Peking: Finn Mayer-Kuckuk; Kapstadt: Wolfgang Drechsler; Kairo: Martin Gehlen.

E-Mail-Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neuen DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Geschäftsführer: Philipp M. Froben. Verlagsleiter: Karsten Hundhausen.

Mediaverkauf: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH: Karsten Hundhausen

Leiter Vertrieb und Marketing: Carsten Groß. Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland. Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 18 vom 1. Januar 2016 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service Tel. 0221/92 58 64 20, Fax 0221/224-23 32 E-Mail: abo.kundenservice@mids.de

Anzeigen-Service Tel. 0221/92 58 64 10, Fax 0221/224-24 91 E-Mail: anzeigen@mids.de

Köln

Köln

Köln

Köln

Köln

Köln

Köln